

17. Juni – Reden zum Tag der Deutschen Einheit, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1964, Zusammengestellt von Herbert Hupka

D. Dr. Eugen Gerstenmaier
Präsident des Deutschen Bundtages

Diese Rede wurde am Tag der Deutschen Einheit 1963 in New York gehalten.

Als ich im Winter 1947/48 zum erstenmal in Ihr Land kam, gab es keinen einzigen Deutschen auf der Welt, der mit einer amtlichen Legitimation für Deutschland sprechen konnte. Ich war damals ein Mann, der amerikanischen Truppen seine Freiheit und amerikanischen Kirchen große Hilfe verdankte bei der Durchführung einer Hilfs- und Rettungsaktion für Hunderttausende von Vertriebenen, Heimatlosen und Kriegsoptionen. Als Gast lutherischer Kirchen Amerikas kam ich in Ihr Land. Einige Wochen später empfing mich Ihr Präsident, Mr. Truman, im Weißen Haus. Die Aufnahme, die mir damals zuteil wurde und das Gespräch mit Ihrem Präsidenten inspirierten mich im Ringen mit den außerordentlichen Schwierigkeiten, denen sich mein Land gegenüber sah.

Ich kann Ihnen nicht sagen, wie beglückt ich darüber bin, dass der Weitblick der amerikanischen Regierungen von Präsident Truman, General Eisenhower bis zu Präsident Kennedy und die Großmut des amerikanischen Volkes diese Politik ermöglicht haben. Sie hat aus Kriegsgegnern loyale Verbündete gemacht. Sie hat dabei große innere Distanzen überwunden und damit auch die innere Wandlung der Deutschen ermöglicht.

Diese Wandlung ist eine Tatsache, und sie ist zugleich das Fundament der bleibenden Verbindung Deutschlands mit den USA und der freien Welt. Es ist eine stabile und verlässliche Grundlage, die auch Regierungswechsel aushält. Dr. Adenauer überlässt seinen Nachfolgern ein wohlgegründetes und geglücktes Werk.

Eines freilich ist nicht gelungen. Deutschland ist nach wie vor geteilt. Ja, der Eiserne Vorhang zwischen uns in Westdeutschland und den 17 Millionen in Mittel- und Ostdeutschland ist in diesen 15 Jahren immer dichter geworden und die Berliner Mauer immer höher. Darum ist der Tag, der heute in Deutschland zum zehnten Mal gefeiert wird, kein nationaler Freudentag, sondern ein sehr gedämpfter Gedenktag. Über ihm liegt eine Melancholie, die von Jahr zu Jahr schwerer wird. Sie wirft ihre Schatten über ein Ereignis, dessen dankbar und respektvoll zu gedenken gerade wir Deutsche besonderen Anlass haben.

Unsere Geschichte ist, wie Sie wissen, zwar reich an Kriegen, aber Aufstände, blutige Volksaufstände sind bei uns selten. Und wenn sie ausbrachen, sind sie fast regelmäßig gescheitert. In der Geschichte unserer eigenen Generation scheiterte der Aufstand gegen Hitler am 20. Juli 1944, und viele gingen dafür an den Galgen. Am 17. Juni 1953 scheiterte der Aufstand gegen die Statthalter Moskaus in Ost-Berlin und Mitteldeutschland. Beide Male ging es nicht zuerst um materielle Wünsche und Notwendigkeiten, sondern um Freiheit und Menschenrecht.

Die Antwort darauf waren – genau wie drei Jahre später in Ungarn – sowjetische Panzer. Und die Folge: Tote, Verwundete, Gehenkte. Andere mehr oder weniger blutige Kämpfe, die nur teilweise bekannt geworden sind, wurden im kommunistischen Osten im Dienste der Gerechtigkeit ausgefochten. Deshalb sollte uns dieser Gedenktag immer auch an die erinnern, die jenseits unserer Grenzen die gemeinsame Sache der Freiheit verfochten haben und noch verfechten.

Viele sind dafür gestorben. Aber wir, die Lebenden, wir sind verpflichtet, für unsere Überzeugung zu leben. Deshalb verträgt dieser Tag in Deutschland die Melancholie, die ihn bedroht, so schlecht. Auch das ehrerbietige Gedenken an die vielen Opfer der Teilung Deutschlands, zu denen übrigens mehr als 30 amerikanische Flieger gehören, darf diesen Tag nicht zum bloßen Trauertag machen. Der Trauertag gilt unwiderbringlich Verlorenem. Dieser Gedenktag aber soll die Augen und Herzen zumindest der Deutschen auf eine unvollendete Aufgabe richten.

Trotz der Verantwortung, die das deutsche Volk für Hitlers Untaten übernehmen musste, glauben wir ein Recht auf Zusammenleben unseres Volkes zu haben. Die große Mehrheit der Deutschen in beiden Teilen Deutschlands bejaht von Herzen sowohl die Einigung Europas wie das dauernde Zusammenleben Deutschlands mit der nordatlantischen Gemeinschaft. Aber wir können und wollen nicht für immer auf die Integration unseres eigenen Volkes verzichten. Wir glauben nicht, dass die übernationalen Integrationsgebilde gestärkt werden, wenn sie desintegrierte Nationen umspannen. Die Einigung Europas wird nicht gefördert, sondern gehemmt durch die Teilung Deutschlands.

Außerdem sind die 52 Millionen Deutschen in der Bundesrepublik es den anderen 17 Millionen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands einfach schuldig, alles Erdenkliche zu tun, um ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Die deutsche Politik in der Deutschlandfrage ist auf drei Ziele gerichtet:

1. Auf eine durchgreifende Humanisierung der Lebensbedingungen der Zone. Dazu gehört auch die Möglichkeit für die vielen zerteilten Familien, sich gegenseitig durch Mauer und Eisernen Vorhang hindurch besuchen zu können.
2. Auf die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts im Rahmen des Statuts der Vereinten Nationen auch für die Deutschen in der Zone.
3. Auf die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands.

Ich weiß, dass das alles von nicht wenigen Leuten in der Welt für hoffnungslosen deutschen Illusionismus gehalten wird. Wir sind anderer Meinung. Zwar haben alle im Bundestag vertretenen deutschen Parteien inzwischen erkannt, dass diese Ziele nicht zu erreichen sind in einem deutschen Alleingang zwischen Ost und West. Aber diese Zielstellung selbst halten wir nicht für illusionär, sondern für verpflichtend. Zugleich halten wir sie für eine der legitimen Aufgaben der Weltpolitik in unserer Zeit. Wir Deutsche lehnen den Krieg auch als Mittel der Wiedervereinigung Deutschlands klar und entschieden ab. Aber das stellt uns andererseits nicht davon frei, im Rahmen dieser Friedenspolitik alles zu prüfen und alles zu versuchen, um in der Deutschlandfrage auch mit dem Osten weiterzukommen.

Vielleicht sieht der eine oder andere auch darin nur nationalen Egoismus oder deutsche Widerborstigkeit gegen den Gang der Geschichte. Die nachdenklichen und gewissenhaften Leute in meinem Lande haben sich niemals darüber Illusionen gemacht, dass die Leiden und Verbrechen der Hitlerzeit vom ganzen deutschen Volk bitter bezahlt werden müssen. Den sogenannten Friedensfreunden in der Welt – von dem Philosophen Russel in England bis zu dem Theologen Hromádka in der Tschechoslowakei und manchen politisch Bedeutsameren aber muss ich sagen, dass wir, die gewandelten und zu Freiheit und Frieden entschlossenen Deutschen auch moralisch nicht frei sind, ja und amen zu sagen zu einem Zustand, der Millionen Deutschen ihre menschlichen Grundrechte vorenthält. Wir sind auch nicht frei, uns mit einem Zustand im Herzen Europas abzufinden, der eine fortgesetzte Gefahr für den Frieden der Welt darstellt. Gefahr nicht deshalb, weil es jemand damit auf Krieg abgesehen hätte,

sondern Gefahr deshalb, weil dieser Zustand den Krieg wie ein Verkehrsunglück über die Welt bringen kann.

Es ist darum alles andere als "Realpolitik", wenn man verlangt, dass wir Deutsche, oder sogar die freie Welt im ganzen, diesen Zustand auch noch feierlich anerkennen und mit der kommunistischen Satellitenregierung in Ost-Berlin diplomatische Beziehungen aufnehmen sollen. Bei aller Bereitschaft zu Ausgleich und Versöhnung halten wir ein solches Verlangen nicht nur für politisch unrealistisch, sondern wir sehen darin auch eine unmoralische Zumutung. Deshalb brechen wir auch - bei aller Bereitschaft, mit jedermann in Frieden zu leben - unsererseits die Beziehungen zu den Staaten ab, die mit der Anerkennung der Kommunistenregierung in Ost-Berlin die Teilung Deutschlands als definitiv betrachten.

Das ist alles nicht bequem, und es trägt uns auch keineswegs das Lob der Welt ein. Wir verstehen ganz gut, dass sie Ruhe haben möchte, und dass das geteilte Deutschland mit seinem Berlin, seiner Mauer und seinen Zwischenfällen auch für Sie hier in Amerika nicht der Nabel der Welt ist. Dieser 17. Juni hat für uns Deutsche indessen auch nicht den Sinn, uns oder der Welt dies zu suggerieren. Im Gegenteil, er soll uns Deutschen immer wieder zum Bewußtsein bringen, dass unser brennendstes nationales Problem schließlich nur ein Ausschnitt ist aus der weltgeschichtlichen Auseinandersetzung zwischen dem totalitären Zwangsstaat und seiner Ideologie und dem freiheitlichen Rechtsstaat und seiner Ideenwelt.

Wir Deutsche sind kein sehr harmonisches Volk. Wir haben viele Meinungsverschiedenheiten. Aber wir sind uns landauf, landab mit wenigen Ausnahmen darin einig, dass wir es Ihnen, Ihrem Land verdanken, wenn Deutschlands größerer Teil nicht auch vom russischen Kommunismus überflutet ist. Der Dank dafür ist in Deutschland groß und tief. Ich bin gewiss, dass Präsident Kennedy davon einen klaren Eindruck gewinnt, wenn er uns nächste Woche die Ehre seines Besuches erweist.

Der nach wie vor aggressiv gestimmte Weltkommunismus hat in unserer Zeit zwei wichtige Verbündete in der freien Welt. Der eine ist der Illusionismus, der sich in dem Irrtum wiegt, man könne es sich ruhig leisten, der Salamtaktik der Sowjets nachzugeben, sie würden schließlich auch einmal satt. Der andere viel gefährlichere, weil viel verbreitetere Verbündete der kommunistischen Mächte ist die Bequemlichkeit. Wir Deutsche haben bei uns selber die Erfahrung gemacht, zu welchen Leistungen ein totalitärer Staat die Menschen nicht nur zwingen, sondern eine Zeitlang auch begeistern kann. Wir haben deshalb alle Ursache, die kommunistische Welt und die Gefahr, die sie bedeutet, nicht zu unterschätzen. Wir möchten sie allerdings auch nicht überschätzen. Das eine führt leicht zur Trägheit, das andere ebenso leicht zum Defaitismus.

Wir möchten beides vermeiden durch Wachsamkeit, Bündnistreue und unsere Beiträge zur Behauptung der Überlegenheit der freien Welt. Ich möchte gerne hinzufügen, dass wir dabei nicht nur an unseren militärischen und finanziellen Beitrag denken.

Es ist an der Zeit, dass wir auch unseren Beitrag leisten in der Gestalt politischer Ideen und Anregungen. Vielleicht können auch wir dazu beitragen, neue Lösungsmöglichkeiten zu finden für die Lebensfragen, die uns alle angehen. Eine aufrichtige Partnerschaft erfordert es jedenfalls, dass die Verbündeten ihre Auffassungen frei zum Ausdruck bringen. Ich sage das in der Gewissheit, dass unsere Gemeinsamkeit im wesentlichen so tiefgegründet und gefestigt ist, dass sie auch zeitweilige Meinungsverschiedenheiten in Einzelheiten verträgt, wie es gegenwärtig im Blick auf den Gemeinsamen Markt der Fall ist.

Wir Deutsche haben das Glück gehabt, dass eine Reihe ausgezeichneter Amerikaner uns durch ihr Wirken und ihre Person in Deutschland einen Eindruck von amerikanischer Fairneß, Großzügigkeit und Entschlossenheit gaben. Einige von ihnen sind heute unter uns. Ich bin gewiss, dass die Opfer und Mühen nicht vergebens sind, die sie und Ihr großes Land auf sich genommen haben in Deutschland und wo immer es in dieser Zeit die Freiheit zu verfechten galt. Was uns Deutsche aber betrifft, so bin ich ebenso gewiss, dass mein Volk nach den schrecklichen Erfahrungen, die es gemacht hat, von ganzem Herzen zur Freiheit entschlossen ist. Es ist keine Übertreibung, wenn ich sage, dass das auch für die überwältigende Mehrheit der hinter dem Eisernen Vorhang niedergehaltenen Deutschen gilt. Auch deshalb lassen wir sie nicht im Stich. Und auch deshalb appellieren wir nicht nur an diesem Tage an Sie, an die Völker der freien Welt: Vergesst sie nicht, schreibt sie nicht ab, gebt sie nicht preis! Denn sie gehören zu uns, sie gehören zu Euch!

Oftmals bin ich in vielen Ländern gefragt worden: "Wohin geht Ihr nur, Ihr Deutsche, was habt Ihr fortan im Sinn?" Ich möchte – so wie ich es oft getan habe – darauf auch heute und hier mit Abraham Lincoln antworten: Wir möchten "mit Beständigkeit das Rechte tun, wie's Gott uns gibt zu sehen". Dies jedenfalls war das Thema des 20. Juli 1944, des Aufstands Deutscher gegen Hitler. Und dies war das Thema des 17. Juni 1953, dessen wir heute gedenken. Und dies soll hinfort Deutschland bestimmen in der Gemeinschaft der freien Welt.

17. Juni 1963